

Laibacher Zeitung.



Nr. 245.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Dinſtag, 27. Oktober

Inſertionsgebühr: Für kleine Inſerate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

1874.

Amtlicher Theil.

Ihre Majestät die Kaiserin und Königin haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 19. Oktober d. J. die Oberhofmeisterin bei Ihrer kais. Hoheit der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Maria Theresia, Elisabeth Gräfin Schönfeld, geb. Gräfin Festetics, zu Allerhöchster Palastdame allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben dem mit der Leitung der Bezirkshauptmannschaft in Radworna betrauten Bezirkscommissär Bronislaus Grafen Los-Grodow die k. k. Kämmererswürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Finanzminister hat den Rechnungsofficial erster Klasse und Leiter des Rechnungsdepartements der kön. ungarischen Finanzdirection in Finne Joseph Princig zum Rechnungsrathe bei dem Rechnungsdepartement der Finanzdirection in Triest ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Journalstimmen vom Tage.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ widmet der Action der Landtage folgenden Nachruf:

„Gleichzeitig mit der Wiedereröffnung des Reichsrathes in Wien ist die diesjährige Session der österreichischen Landtage geschlossen worden, nachdem diese Vertretungskörper ungefähr einen Monat lang getagt hatten. Von all den seit 1861 stattgefundenen Sessionen der Kronlandsrepräsentationen ist diese letzte die ruhigste, die ärmste an epochemachenden Ereignissen gewesen; nichtsdestoweniger hat diese letzte Session eine politische Bedeutung, welche eingehender gewürdigt zu werden verdient.“

Will man den Kern der langen Verfassungskämpfe in Oesterreich in kurzen Worten definieren, so wird man sagen müssen, daß es sich dabei in erster Linie um einen Kampf der legislativen Competenz der Landtage mit derjenigen des Reichsrathes gehandelt habe. Selbstverständlich mußte die Opposition, so lange dies Ziel auch nur einigermaßen erreichbar erschien, einen wesentlichen Theil ihres Programms darin erblicken, die Landtage zum Schauplatz großer Demonstrationen, zur Stätte hochtrabender Beschlüsse zu machen, um diesen Zukunftsparlamenten den Nimbus einer großen politischen Wichtigkeit zu verleihen.

Das ist anders geworden: Zeuge dessen ist die eben geschlossene Session der Landtage. Wohl haben unbedeutende und relativ harmlose Demonstrationen stattgefunden, diese setzen aber die Geschäftsmäßigkeit nur in ein um so helleres Licht, mit der in Prag wie in Lemberg, in Wien wie in Triest eben nur die auf die Tagesordnung gesetzten Angelegenheiten des Kronlandes erledigt oder doch beraten worden sind. Die namentlich seit Einführung der directen Wahlen mit verdoppelter Wucht sich Bahn brechende Erkenntnis, daß im Rahmen der Verfassung allein die Wünsche der Bevölkerungen ihre Berücksichtigung und angemessene Befriedigung zu finden vermögen, ist in raschem Fluge in alle Kronländer gedrungen und hat aus den Landtagstribünen die lärmenden Scenen verbannt, durch welche die geistigen und materiellen Interessen der Völker geschädigt wurden.

Aber noch mehr: Die abgelaufene Landtagsession zeigte in ihrem ruhigen Verlaufe nicht nur die Opposition aller Orten im Rückzuge oder im allmähigen Erlahmen, sondern sie constatirte auch in dem größten aller Kronländer, in Böhmen, einen positiven Umschwung darin, daß sich wieder ein neuer Bruchtheil der nationalen Opposition den verfassungsmäßigen Institutionen zuwandte, indem die Jungcechen ihren Eintritt in den Landtag vollzogen. Repräsentieren die Jungcechen auch nur eine Minorität des czechischen Volkes, so ist mit ihrer Belehrung zu dem Staatsrechte der Verfassung doch die erste Breche in die bisher so fest geschlossenen Reihen der czechischen Opposition in Böhmen gelegt.“

Das „Slovo“ gibt zwar zu, daß die diesjährige Landtagsession eine der fruchtbarsten und nützlichsten gewesen sei. Der Landtag habe eben das Roß der hohen Politik verlassen und seine Aufmerksamkeit der Erledigung praktischer Aufgaben zugewendet. Doch kann auch dieses Blatt nicht umhin, es auszusprechen, daß der Landtag noch mehr hätte leisten können, wenn er nicht daran durch die jeder Reform feindliche Adelsfraction gehindert worden wäre. Sodann constatirt das Blatt, entgegen den Meldungen polnischer Journale, das gute Einvernehmen zwischen den polnischen und ruthenischen Bauern während der ganzen Landtagsession.

Der „Ezas“ schildert die Stellung des jetzigen Ministeriums als sehr fest, wie dies schon die unumschränkte Erklärung des Ministers Stremayr in der Frage der Civilehe beweise. Solche Reden halte man nur, wenn man feststeht und auf die Popularität verzichten könne. Die Majorität des Reichsrathes fühle sehr wohl, daß sie in ihrem eigenen Interesse kein besseres Cabinet wünschen könne; daher die natürliche Consequenz,

daß die Majorität das Ministerium nicht geändert wissen möchte. Die liberal-confessionelle Sphäre sei ganz verdrängt. Jedenfalls zweifle man nicht, daß irgend eine Pression nach dieser Richtung nicht die Entlassung des Ministeriums, sondern die Auflösung des Hauses nach sich ziehen würde. Drei Jahre der Ruhe, wenn auch nur relativer Ruhe, die Kräftigung der Regierung-Autorität, die Herstellung des Beweises, daß man in Oesterreich ohne preussisches Muster verfassungstreu sein könne, — all dies verleih dem Ministerium Auerberg selbst in der Ueberzeugung jener, die es nicht befriedigt, eine so starke Position, daß es sehr leicht Neuwahlen vornehmen lassen könnte.

Die czechischen Blätter beschäftigen sich mit dem Resultate der Reichsrathswahlen in den Landgemeinden, wo zwei Jungcechen obfiegten, sonst aber die Altecechen durchdrangen. Das „Prager Abendblatt“ findet, daß diesmal das Volk über die Abstinenzpolitik im allgemeinen sein Urtheil gesprochen habe. Wie daselbe ausgefallen sei, beweise die Thatsache, daß kein altecchischer Candidat einstimmig, wie sonst, gewählt wurde, daß die beiden jungczechischen Candidaten und Führer, Dr. Stadloweky und Trojan, mit namhafter Majorität gewählt wurden, daß weiter mehrere andere jungczechische Candidaten erhebliche, wie und da sehr bedeutende Minoritäten erhielten, und daß schließlich die verfassungstreuen Minoritäten eine geradezu auffallende Steigerung bekunden, ja selbst verfassungstreu Stimmen zum Vorschein kamen, wo niemand darauf gerechnet habe.

Das „N. B. Bl.“ und das „W. Tgblt.“ sprechen über die am letzten Montage stattgehabte Kunstler-Audienz beim Monarchen und sprechen sich gleichmäßig hoch befriedigt über des Kaisers Zuführung der Rücksichtnahme auf die heimische Kunst, sowie über dessen herrliches Wort bezüglich des Monuments für die Kaiserin Maria Theresia, welches zwischen den Wäseken vor dem Burghore errichtet werden soll, aus. Der Kaiser sagte: „Nur Oesterreicher verstanden so ganz und gar die große Kaiserin und auch nur sie sollen ihr Denkmal schaffen.“

Mehrere Blätter nehmen den Mord- und Selbstmord des Blumenmachers Thomas in Dinkering bei Wien zum Anlasse, um die aus der Wirtschaftskrise hervorgegangenen traurigen socialen Zustände zu beleuchten. Das „Tgblt.“ macht die Gesellschaft verantwortlich für die Ausdehnung und die socialen Auswüchse der Krise und beklagt das träge Wucherwesen. Die „Morgenpost“ meint, der Fall deute die Nothwend-

Feuilleton.

Leibeigen.

Originalnovelle von Walburgis Henrichs.

(Fortsetzung.)

Bald bemerkte Dimitry unter den Fußgängern einen Mann, der dem Thurne eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken schien, während andere gleichgiltig vorübergingen. Dies fiel ihm auf; er nahm sein Fernglas und betrachtete den Mann genauer, der in fremder Offiziersuniform erschien.

„Was seh' ich!“ rief er freudig. „Trügt mein Auge mich nicht und nicht der Pulschlag meines Herzens, so ist das Gardien. Er ist! O Gott! Was mag geschehen sein! Vielleicht ist Nadescha hier. Oder wollte er mir irgend eine Botschaft bringen und mein Verberus hat ihn abgewiesen? Ich will ihm ein Zeichen geben.“

Dimitry öffnete das Fenster mit Geräusch und ließ ein weißes Tuch hinauswehen. Der Offizier bemerkte es und machte Zeichen, die Dimitry beantwortete und ihn zu warten bat.

Er riß hastig ein Blatt aus seiner Schreibtisch, schrieb einige Worte mit Bleifeder darauf, faltete das Papier und ließ es hinunterflattern. Gardien fing das Blatt auf, las es und nickte beifällig, worauf er sich grüßend entfernte.

Gardien war im Begriff gewesen, Dimitry im Schlosse einen Besuch zu machen, um sich wegen seiner verzögerten Rückkehr zu erkundigen. Jetzt mußte er seinen Plan ändern, denn Dimitry hatte ihn von seiner Gefangenschaft unterrichtet und ihn aufgefordert, dafür zu sorgen, daß der Castellan durch die falsche Nachricht von

des Fürsten Alexiowitsch Tode betrogen werde, ihn frei zu lassen.

Gardien traf hierzu mit französischer Gewandtheit seine Vorbereitungen. Er konnte durch Zukoff alle Specialitäten der Verhältnisse des Fürsten dergestalt, daß es ihm ein leichtes ward, als glaubwürdiger Bote aus Petersburg aufzutreten.

So erschien er im Schlosse und verlangte vom Castellan in sehr dringender Weise, Se. Durchlaucht den Fürsten Dimitry Alexiowitsch zu sprechen.

„Den Fürsten Dimitry?“ fragte der Castellan stehend. „Ich meine, Fürst Alexiowitsch ist in Petersburg und Graf Dimitry ist sein Neffe.“

„War es, willst du sagen“, erwiderte Gardien.

„Fürst Alexiowitsch ist vor drei Tagen gestorben und ich komme von seinem Todtenbette, um seinem Erben, dem Fürsten Dimitry, deinem jetzigen Gebieter, diese Trauernachricht zu bringen.“

Der Castellan war niedergeschmettert. Also war Dimitry's Warnung bereits eingetroffen, also war er, den er gesungen hielt, in dem Augenblicke jener Warnung bereits sein Gebieter gewesen! Fürchterliche Rache mußte über sein Haupt kommen, wenn Dimitry streng war. Aber konnte er denn anders, als streng sein, wenn man ihn einschloß, wie einen Verbrecher, ihn, der über Tausende von Seelen gebieten konnte.

Der Castellan bedachte dies mit Schrecken und beeilte sich, die verhängnisvolle Sittenthür, welche zu Dimitry's Gemach führte, zu erschließen.

„Sei gnädig, Herr!“ stammelte er, in die Knie sinkend. Du kannst mich mit einem Hauche deines Mundes vernichten und ich bin ein verllorener Mann. Aber du wirst nicht vergessen, daß ich dir Beweise meiner Dienerereue gab, als ich die Befehle des Herrn, den ich noch am Leben glaubte, selbst gegen dich in Vollzug setzte. Ich bin in deiner Hand, Gebieter, sei barmherzig!“

Dimitry gebot ihm stolz, aufzustehen und zu dem

petersburger Boten zu führen. Gardien begrüßte ihn unterwürdig und wiederholte die Trauernachricht. Dimitry erklärte, sogleich nach Petersburg eilen zu wollen, ließ zwei tüchtige Renner vorführen und sprengte mit Gardien davon, zur großen Freude des Castellans, welcher strenge Ahndung gefürchtet hatte.

Beide ritten in gestrecktem Galopp die Heerstraße nach Petersburg entlang, wohin letzterer schon einen Courier entsendet, um auf jeder Station frische Pferde zu bestellen. Unterwegs erzählte Gardien dem besorgten Grafen die Gefahr, in welcher er Nadescha zurücklassen mußte, und die Zukoff durch die Mittheilung, daß er den Kaiser anrufen werde, von ihr abzuwenden hoffte. „Außerdem wollte Zukoff sein Kind nicht aus den Augen lassen und ihr folgen“, sagte Gardien „und ich fürchte, daß er eines Mordes fähig wäre, wenn der Fürst es bis aufs äußerste triebe.“

Sie ritten Tag und Nacht und immer ging es Dimitry noch nicht schnell genug. Endlich nach drei Tagen trafen sie gegen Mitternacht in Petersburg ein und Dimitry stürzte sogleich nach dem Hotel seines Onkels, um ihn wegen seiner Treulosigkeit zur Rede zu stellen, während Gardien nach Zukoffs Hause ging. Als er dies öde und von seinen Bewohnern verlassen fand, verfügte er sich in das Hotel des Fürsten, um Dimitry dort aufzusuchen und sich nach Zukoffs Schicksal zu erkundigen.

Dimitry fand seinen Oheim umringt von Schreibern und Notaren, die seinen letzten Willen aufzeichneten. Da der alte Herr seinen Eintritt nicht bemerkt hatte, überdies sehr schwach und leidend schien, die vielen Zeugen auch nicht sogleich zu entfernen waren, so trat Dimitry wieder aus dem Cabinet, um sich bei den Dienern nach Nadescha und ihrem Vater zu erkundigen. Sie waren aber alle schweigsam und nur aus ihrem mittelbigen Ahselzucken entnahm er, daß etwas Schreckliches vorgefallen sein müsse.

(Fortsetzung folgt.)

bigkeit an, dem kleinen Gewerbsmann zu helfen und denkt sich, daß eine Steuerreform nur in dem Sinne vorgenommen werden könne und solle, daß dadurch dem kleinen Manne ein Theil der erdrückenden Steuerlasten abgenommen werde.

Reichsrath.

65. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 22. Oktober.

Präsident Dr. Rechbauer eröffnet um 11 Uhr 45 Min. die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Sr. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auersperg, Ihre Excellenzen die Herren Minister: Freiherr von Lasser, Dr. Banhans, Dr. v. Stremaier, Dr. Glaser, Dr. Unger, Freih. v. Pretis, Dr. Ritter v. Ehlumbeck, Oberst Horst und Dr. Ziemialkowski.

Das Haus ist, insbesondere von der Linken, besser besetzt, von der Rechten fehlen noch immer viele Polen. Die Galerien sind stark besetzt.

Der neugewählte Abg. Carl Seutter v. Bögen leistet die Angelobung.

Eine Anzahl von Abgeordneten sucht um einen längeren Urlaub an. (Wird bewilligt.)

Der Finanzminister legt ein Gesetz, betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 25. Mai 1869 wegen Aufnahme und Rückzahlung eines Anlehens aus dem bulwarner griech.-orient. Religionsfonde vor.

Eine Zuschrift des Finanzministers theilt mit, daß die Vorarbeiten zur Regelung der Grundsteuer bereits beendet, die Abschätzungen auch in einzelnen Kronländern vorgenommen worden sind und fordert das Haus zur Wahl der Centralcommission der Grundsteuerregulierung zu entsendenden 18 Mitglieder auf. Die Wahl wird auf die erste Tagesordnung der nächsten Woche gestellt.

Das Gesetz, womit der § 2 des Gesetzes vom 16. Juli 1871 über die Bewilligung eines unverzinslichen Darlehens aus Staatsmitteln für die Ueberschwemmten in Tschau abgeändert wird, wird in erster Lesung auf Antrag Wolfrums dem Budgetausschusse zugewiesen.

Es folgen zahlreiche Ausschuswahl. Es wurden gewählt in den volkswirtschaftlichen Ausschuss Abg. Szj, in den confessionellen Baron Pirquet, in den Steuerreform-Ausschuss Seutter, Kallir und Heilsberg, in den Eisenbahnausschuss Graf Attems und Rydzowski, in den Ausschuss wegen Gewährung eines selbständigen Landtages für Wälschtirol Dr. Suppan.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf über die Militärversorgung der Personen des Heeres, der Kriegsmarine und der Landwehr. (Referent Dr. Held.) In der Generaldebatte spricht Promber gegen die Gesetzesvorlage, die zwar ein dankenswerther Fortschritt, allein nicht zureichend sei. Der Ausschuss wird mit einer einfachen Resolution nicht viel erzielen. Den subalternen Offizieren müsse viel ausgiebiger geholfen werden. Er behält sich bezügliche Anträge für die Specialdebatte vor.

Abg. Brandstätter plaidiert für das Gesetz und will nur einigen Wünschen noch Ausdruck geben. So verspricht er sich nicht viel von der Verrittenmachung der Hauptleute für deren persönliches Wohlbefinden. Da wäre die Einführung einer Activitätszulage für 10 bis 20 Dienstjahre besser geeignet, die Offiziere viel länger im activen Dienst zu erhalten. Weiters müsse das Gesetz noch jene Aenderungen erfahren, welche ein Zusammengehen der cisleithanischen mit der ungarischen Regierung ermöglichen. Er erwartet, daß der Herr Landesverteidigungsminister in der Debatte Aufklärungen geben werde, ob solche Aenderungen an dem Gesetze gemacht werden können, ohne dessen Zustandekommen überhaupt zu gefährden.

Der Landesverteidigungsminister Oberst Horst spricht die Freude über das Wohlwollen aus, welches das Haus so sichtlich der Armee entgegengetragen. Auch die Regierung hege das gleiche Wohlwollen, allein sie könne in Berücksichtigung der Vergangenheit und in Rücksicht auf die Zukunft den Wünschen des Vorredners, auch die gegenwärtig pensionierten Offiziere in das neue Pensionsnormale aufzunehmen, nicht entsprechen und müsse überhaupt die prinzipielle Ansicht aussprechen, daß jede neue Pensionsverordnung oder jede Erhöhung der Activitätsbezüge ohne jede Rückwirkung auf den Pensionsstand der Gegenwart verbleiben muß. Was die Resolution des Ausschusses auf Verrittenmachung der Hauptleute betrifft, so tritt der Minister lebhaft dafür ein. 50 Prozent des Ruhestandes sind Hauptleute; die Ursache dieser Erscheinung liegt in der vorzeitigen physischen Abnützung. Die physische Kraft bedingt auch die geistige und der Musterstaat in militärischer Organisation, Preußen, lege deshalb den Hauptleuten die höchste Bedeutung bei, und um sie lange zu erhalten, werden ihnen die möglichsten Erleichterungen verschafft und dazu gehört in erster Linie ihre Verrittenmachung. Was den Wunsch des Vorredners anlangt, bei der Superabtriebung der Offiziere mit größter Strenge vorzugehen, so ist die Regierung vollkommen der gleichen Anschauung. Der Minister ersucht, das Gesetz, wie es vom Ausschusse

vorliegt, anzunehmen. Die Generaldebatte wird geschlossen und das Gesetz zur Berathung für die Specialdebatte angenommen.

Schöffel und Schönerer interpellieren die Regierung, ob sie geneigt wäre, die Gründe anzugeben, warum so viele Interpellationen monatelang unbeantwortet bleiben und Abg. Söllnerich betreffs der Einberufung der Landwehrmänner während der Erntezeit und ob die Regierung hier nicht ein abänderndes Gesetz einzubringen gedenke.

Staatsvoranschlag pro 1875.

(Schluß des Exposés Sr. Exc. des k. k. Finanzministers Freiherrn v. Pretis.)

Das Handelsministerium präliminirt seine Einnahmen im Gesamtbetrage von 20.285,000 fl., um 100,000 fl. höher als im Vorjahre, und zwar tritt beim Telegraphen ein Rückgang der Einnahmen ein, dagegen lassen die Kämmerer und das Postgefälle ein höheres Erträgnis erwarten.

Das Ackerbauministerium erwartet 11.039,000 fl., daher 733,000 fl. mehr als im Jahre 1874, wovon die Montanwerke 683,000 fl., den Rest die Forste und Domänen beizutragen haben.

Die Schuldentilgung erfordert im Jahre 1875 den effectiven Betrag von 9.412,336 fl. Wie ich schon erwähnt habe, wurde seither von der im § 2 des Gesetzes vom 24. Dezember 1867 erteilten Befugnis, die gesammte Amortisation durch Begebung von Rententiteln zu bestreiten, nur insoweit Gebrauch gemacht, als die durch die getilgten Renten in Abfall kommenden Zinsen dies gestatten. Durch diesen von meinem sehr verehrten Vorgänger Dr. Prestel in dankenswerther Vorsorge für die Consolidierung des Staatshaushaltes zuerst beantragten und seither im Finanzgesetze sanctionierten Vorgang sollte eine Reserve geschaffen werden, auf welche im Falle außerordentlicher Geldbedürfnisse des Staates gegriffen werden kann. Wie sehr sich diese weise Voraussicht bewährt hat, dafür zeugt der Umstand, daß bisher selbst die auf Grund des Gesetzes vom 13. Dezember 1873 zu beschaffenden außerordentlichen Mittel im Nominalbetrage von 60.000.000 fl. aus dieser Reserve beschafft werden konnten, ohne daß dieselbe glücklicher Weise erschöpft worden wäre. Da die wahrscheinlichen Einnahmen im Jahre 1875 nicht voraussetzen gestatten, daß auch ein Theil der Amortisation aus den laufenden Einnahmen bestritten werden könnten, wie dies in den Vorjahren geschehen ist, so glaube ich, daß in diesem Jahre von der Vergrößerung der Rentenreserve abgesehen werden solle und in voller Ausnützung der durch den § 2 des Gesetzes vom 24. Dezember 1867 gegebenen Befugnis die gesammte fällige Schuldentilgung durch Begebung von Renten zu bewirken sei.

In dieser Voraussetzung ist für die Schuldentilgung der Betrag von 9.412,336 fl. angesetzt, also gegen das Jahr 1874 um 4.979.836 fl. mehr. Nach dem Finanzgesetze des Jahres 1874 sollten aus der Veräußerung von Staatseigenthum 2.500,000 fl. eingehten, im Jahre 1875 sind hierfür nur 1.600,000 fl. präliminirt. Die Zahlungen der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft erreichten im abgelaufenen Jahre die Höhe von 1.228,534 Gulden, während im Jahre 1875 nur der Rest von 632,309 fl. eingehten wird. Endlich sollen nach dem Finanzgesetze des Jahres 1874 die Cassareste im Betrage von 14 Millionen zur Verwendung kommen. Daß dieselben vollständig verwendet werden, ist umsoweniger zu bezweifeln, als, wenn auch die Staatseinnahmen, abgesehen von den Zöllen, im ganzen den Erwartungen des Finanzgesetzes entsprechen, doch andererseits nach den bisherigen Gebahrungsergebnissen die Staatsausgaben manche wesentliche Präliminatsüberschreitungen mit sich brachten.

Zunächst sind infolge des Zurückbleibens der Zölle und der durch vermehrte Zuckerausfuhr gestiegenen Zollrestitution an das Reich 4.000,000 fl. mehr abzuführen als erwartet war. Das Reich hat ferner an Nachtragszahlungen für die Jahre 1871 und 1872 nicht präliminirte 1.500,000 fl. in Anspruch genommen.

Die Eisenbahnsubventionen werden ungefähr um 3.000,000 fl. mehr betragen und für die Nachtragscredite nach dem Gesetze vom 1. Mai 1874 im Betrage von 1.320,000 fl. war eine Bedeckung ebenfalls nicht eingestellt. Danach ist, da der stehende Kaffeestock von 23.000,000 fl., welcher für die am 1. Jänner nach der jeweiligen Finanzperiode fälligen starken Zahlungen nothwendig ist, unverehrt erhalten werden soll, nicht anzunehmen, daß die Staatskasse über weitere Reserven verfügen werde, welche zur Bedeckung im Jahre 1875 herangezogen werden können.

Die Totalsumme der für das Jahr 1875 veranschlagten Einnahmen von 369.429.694 fl., verglichen mit der pro 1874 präliminirten Summe von 383.298.975 fl., gibt eine Differenz von 13.809.281 fl. Vergleicht man das Erfordernis des Jahres 1875 von 381.782.551 fl. mit der Bedeckungssumme, so ergibt sich ein Abgang von 12.352.857 fl., für dessen Bedeckung nach dem vorgelegten Finanzgesetze durch die Heranziehung der nach § 2 des Gesetzes vom 24. Dezember 1873 noch verfügbaren Rentenreserve gesagt werden soll.

Ich habe mich bemüht, meine Herren, Ihnen in diesen allgemeinsten Contouren die Finanzlage in unge-

fährtem Lichte darzustellen. Allerdings bietet das Bild mehr Schatten als in den jüngst vergangenen Jahren. Dasselbe ist aber doch kein unbefriedigendes, wenn man erwägt, daß sich in demselben die bei gleichem Anlasse im vorigen Jahre von mir bereits als kaum vermeidlich hingestellte Wirkung der heftigen Krisis abspiegelt, durch welche wir gehen mußten und welche durch die, man darf es wohl sagen, fast universelle Handelsstockung so außerordentlich verschärft wurde. Wenn diese Ereignisse unsere Staatswirtschaft nicht näher berühren, so dankten wir das, glaube ich, vor allem dem stätig heilsamen Wirken der Verfassung und der durch dieselbe bedingten haushälterischen Sparsamkeit, welche, seit Jahren geübt, die Reserven schaffen half, über die wir heute in einer schweren, aber, wie ich mit Zuversicht glaube, ihrem nahen Ende entgegengehenden Periode verfügen können.

Zimmerhin liegt in den heutigen Verhältnissen eine ernste Mahnung, unserer volkswirtschaftlichen Lage die volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Wenn auch die teilweise Verwendung angesammelter Reserven unter den heutigen Verhältnissen gerechtfertigt erscheint, so ist unsere Pflicht, für die Ergänzung derselben zu sorgen. Dies wird aber nur dann möglich sein, wenn ein vollständiges, dauerndes Gleichgewicht im Staatshaushalte hergestellt wird, und ich glaube, daß wir es uns selbst schuldig sind, mit aller Anstrengung und mit allen Opfern diesem Ziele entgegenzustreben. Wir werden demselben gewiß näher kommen, wenn wir die längst ersehnte Steuerreform zur Ausführung bringen, und ich halte mich für verpflichtet, das hohe Haus angelegentlich zu bitten, der Verathung und Beschlußfassung der diesfalls demselben vorliegenden Entwürfe sich nunmehr zuzuwenden zu wollen. In einer anderen Richtung nämlich, um den Eingang der gesetzlich bestehenden Abgaben zu sichern und Gesetzesübertretungen vorzubeugen wird demnächst Vorsorge getroffen werden. Besonders in bezug auf den Wechsel- und Duitungstempel haben die Gesetzesübertretungen überhand genommen, und die Regierung hofft in der Lage zu sein, Ihnen demnächst einen Gesetzentwurf vorlegen zu können, dessen Zweck es ist, unter gleichzeitiger Ermäßigung des an und für sich wohl zu hoch gegrieffenen Wechselstempels eine größere Ergiebigkeit dieses Steuerzweiges zu erzielen.

Zum Schluß darf ich wohl der Zuversicht Ausdruck geben, daß Sie sich, meine Herren, in dem Bestreben, das Finanzgesetz rechtzeitig festzustellen, mit der Regierung vereinigen werden und daß es Ihren Intentionen entsprechen wird, daß auch dem andern hohen Hause des Reichsrathes ein der Wichtigkeit des Gegenstandes angemessener Zeitraum für seine Verathung gewahrt bleibe." (Bravo! Bravo!)

Zur Universitäts-Eröffnungsfeier in Agram

liegen folgende zwei beachtenswerthe Journalstimmen vor: „Pesti Naplo“ sagt: „Die Einladung ungarischer kroatischer „Brüder“ zur Eröffnungsfeier ihrer Universität wurde in Ungarn allenthalben auf das herzlichste und freudigste aufgenommen. Die Universitäten, die Akademie der Wissenschaften, die Hörer der Hochschulen entsendeten glänzende Deputationen, aber kein Angehöriger wies in Agram darauf hin, daß man die ungarischen Gäste mit „brüderlicher“ Liebe empfangen. Die slavische Union wurde immerfort betont, begeisterte Toaste galten dem Bischof Strosmayer, aber für die Einheit des St. Stefans-Reiches gab's kein einziges „Zivoo“.“

Das soll nicht als Klage gelten, denn zur Liebe kann niemand gezwungen werden, aber als Fingerzeig zur Erkenntnis der Lage, zur ungeschminkten Darstellung der in Kroatien herrschenden Stimmung soll es dienen. Herr v. Zivooic war bei der Feier nicht anwesend, und es läßt sich schwer sagen, wie er über die seit Jahren Thatsachen denkt. Banus Majuranić hatte aber Gelegenheit, sich von der Indignation der ungarischen Gäste zu überzeugen, und bemerkte dazu: „Ein Ehepaar, welches lange Zeit von einander getrennt war, und welches das Interesse wieder zusammenführte, steht sich anfangs ein wenig kalt gegenüber, aber die Zeit gleicht alles aus.“

Zawohl die Zeit! ruft „Naplo“. Auch wir müssen uns auf die Zeit berufen, welche wir ohne Unterlaß zur Consolidierung des ungarischen Staates benötigen müssen, damit derselbe stark sei, dem wir durch geregelte Finanzen, durch seine Kultur, durch die unbesugame Achtung vor Verfassung und Gesetz Anziehungskraft verleihen müssen. Denn unterdeß werden auch unsere kroatischen „Brüder“ und sonstigen interessanten Nachbarn in Ruhe. Wohl steht die finanzielle Kraft Kroatiens in keinem Verhältnisse zu seinen Aspirationen, aber um diese Versuche haben wir uns, solange sie innerhalb der Rahmens bleiben, nicht weiter zu bekümmern.

Unsere Aufgabe ist, den ungarischen Staat durch unablässige, eifrige Thätigkeit erstarren zu machen, die Verfassung und das ungarische historische Recht zu kräftigen und zu entwickeln. Das muß der Leitstern für jede ungarische Partei, für jeden ungarischen Patrioten sein. Die mislichen Parteikämpfe, die staatsrechtlich Fehde müssen aufhören und alle Freunde des Vaterlandes müssen zusammenwirken, um dasselbe groß und stark zu machen.

Den Schleier der Zukunft vermag niemand zu läften, niemand weiß, ob die „slavische Propaganda“ mit uns

gegen andere Feinde wirken oder gegen uns sich kehren werde. Wie dies auch kommen möge, so viel ist gewiss, daß unsere staatlichen Wirren, unsere leidenschaftlichen grenzenlosen, das ungarische Staatsansehen in den Staub tretenden Parteikämpfe und unsere Presse, unser Unvermögen, zu imponieren, wesentlich dazu beigetragen haben, daß der Kern unserer alten Freunde in Kroatien verschunden ist, daß keine neuen nachgekommen sind. Wenn wir erst diesen Uebelständen bei uns abgeholfen haben, dann wird gar manches sich ändern und auch jenseits der Drau wird unsere nationale Tricolore zu höherem Glanz gelangen und stolz wehen nicht bloß bei den harmherzigen Brüdern — aus Darmherzigkeit.

„Pester Lloyd“: „Südslavien“ — wo sind denn die gleichartigen Elemente, oder wo ist denn der verbindende Kitt, der die Factoren dieser Propaganda zu einem Vermöchte, wo ist die Intelligenz, wo sind die Macht und Mittel, um ein solch nationales Gebilde zu schaffen? Meinen denn die Herren, daß uns der tiefe Widerstreit unbekannt ist, welcher die verschiedenen Stämme durchzieht? Deutlich sehen wir die Fehde, welche zwischen den Serben und dem „serbo-kroatischen“ Bruderstamm entbrannt ist; deutlich sehen wir die Entfremdung, welche zwischen den Aspiranten des großserbischen Zukunftreichs und den südslavischen Aposteln plaggegriffen und von einem ernsthaften Contact mit anderweitigen interessanten Stämmen konnte ja niemals die Rede sein. Die Erscheinung ist natürlich genug.

In Kroatien schwört man darauf, Agram sei die Hauptstadt des neuen Reichs und die kroatische Nation das belebende Element; unter den Serben Ungarns ist man selbstenfest überzeugt, daß Neufay das Mekka und Miletica der Prophet des Zukunftsreichs ist; und in Belgrad zumal, nun dort geht man ja auf die Eroberung der Balkanhalbinsel aus und wie kann da der „kroatische Staat“ ernstlich in Betracht kommen? Aber die südslavische Idee ist weiters heller Wahnsinn, weil sie ganz außerhalb der Sphäre aller realen Verhältnisse liegt. Einstweilen existiert auch noch die österreichisch-ungarische Monarchie, es existiert auch noch eine Türkei und es besteht noch die festgefügte europäische Constellation, die solch schönen Unternehmungen nicht hold ist, und einstweilen ist in keinem unter all' den interessanten Stämmen auch nur der allergeringste intellectuelle und politische Fond vorhanden, der zur Herbeiführung einer so mächtigen Umwälzung vonnöthen wäre.

Also wie gesagt, so weit das Auge reicht, nirgends ist für die kroatische Aspiration auch nur der geringste Spielraum zur Entfaltung, nirgends außerhalb des ungarischen Staates, und da ist es Pflicht und Schuldigkeit der Kroaten, die Flagge zu respectieren, unter welcher sie steuern. Das verlangen wir von ihnen und nichts weiter. Sie mögen uns lieben oder nicht — aber sie dürfen nie und nimmer die Rücksichten verleugnen, auf welche der ungarische Staat Anspruch hat. Auch Dankbarkeit verlangen wir nicht, obwohl dieser Anspruch sehr wohl motiviert wäre; wir fordern nur, daß sie sich mindestens nicht gegen die Gesetze der äußeren Harmonie vergehen und sich nicht mit den Consequenzen der sanctionirten Verhältnisse in Widerspruch setzen. Diese Forderung richtet sich zu allernächst an die kroatische Landesregierung. Will sie ihrer Aufgabe gerecht werden, dann darf sie sich nach den Erscheinungen der letzten Tage nicht passiv verhalten, und wenn es auch nicht möglich ist, das Geschehene ungeschehen zu machen oder die Bestimmungen der Bevölkerung von heute auf morgen umzuändern, so muß sie doch unbedingt dafür sorgen, daß wenigstens die kommende Generation von dem Banne erlöst werde, unter welchem schließlich doch nur Kroatien zugrunde gehen müßte. Die Universität sei, wenn nur anders die geistigen Potenzen vorhanden sind, eine Pflanzstätte der Wissenschaft, nicht aber des Racenhasses und der politischen Verwirrung.

Politische Uebersicht.

Laibach, 26. October.

Nach dem „Pester Lloyd“ erfolgte die Vorlage des Gesetzentwurfes über die Consulargerichtsbarkeit in Egypten mit Zustimmung des ungarischen Justizministers; somit sei österreichischerseits kein Verstoß geschehen.

Wie „Magyar Politika“ vernimmt, ist das ungarische Budget für 1875 bereits vollendet und gedruckt. „Wir hören,“ so sagt das genannte Blatt, „darüber soviel, daß das Budget auf Grundlage der gewissenhaftesten und minutösesten Untersuchungen, wie dies von Ohjecz zu erwarten steht, angefertigt wurde und ohne alle Schönfärberei den finanziellen Zustand des Landes detaillirt und aufrichtig darlegen wird; in den Endresultaten ist daselbe über alle Erwartungen günstig, vorausgesetzt, daß die Vorschläge des Finanzministers auf Herabsetzung der Ausgaben und auf Erhebung des öffentlichen Einkommens acceptiert werden, woran er übrigens sein Portefeuille zu knüpfen entschlossen ist.“

Der königlich ungarische Finanzminister legt folgende Steuergesetze vor: Ueber die Besteuerung des Eisenbahn- und Dampfschifftransports, über die Kapital- und Rentensteuer, über die Besteuerung der zu öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen und Vereine, über die Haussteuer, Erwerbsteuer,

Wein- und Fleisch-Verzehrungssteuer, Bergwerksteuer, Besteuerung der Jagd und der Jagdgewehre, über die Manipulation der öffentlichen Steuern.

„Magyar Politika“ äußert sich über die Art und Weise, wie die parlamentarischen Arbeiten in der nächsten ungarischen Reichstagsession gefördert werden sollen, über die Reihenfolge derselben, kurz über den gesammten Aktionsplan der Regierung für die nächste Zeit der parlamentarischen Thätigkeit folgendermaßen: „Den bereits bekannten neuen Steuergesetzentwürfen werden noch drei folgen, von welchen sich einer auf das Tabakgefälle, ein anderer auf die Luxussteuer bezieht. Von dem letzteren ist kein großes Einkommen zu erwarten; bezüglich des ersteren sind betreffs einiger Punkte noch mit dem eisleithanischen Ministerium Verhandlungen im Zuge. Die erste und größte Sorge der Regierung ist auf die Durchführung dieser Gesetzentwürfe und auf die Feststellung des Staatshaushaltes gerichtet. Ueber den Modus des Vorgehens erfahren wir, daß die Regierung nach Constituierung des Reichstages die Wahl zweier Finanzausschüsse in Vorschlag bringen wird. Der eine soll sich mit dem am nächsten Donnerstag vorzuliegenden Budget und mit den sechsjährigen nicht revidierten (!) Schlußrechnungen befassen; der zweite Finanzausschuß wird die Steuervorlagen verhandeln. Die Idee, daß zwei Finanzausschüsse gewählt werden sollen, kann nur gebilligt werden, damit die Budgetverhandlungen die Steuerreformen nicht in den Hintergrund drängen. Nach Constituierung des Hauses und nach Vollzug der Wahlen, nachdem ferner der Finanzminister in einem ausführlichen Exposé seinen Bericht über die Staatsfinanzen und über das Budget vorgelegt haben wird, werden die Planarstellungen — entgegen den bisherigen Mittheilungen — nicht vertagt, sondern es werden sofort die aus der letzten Session unerledigt gebliebenen Vorlagen (Wahlnovelle, Incompatibilitäts-Gesetzentwurf, Notariats- und Advocatenordnung) in Verhandlung gezogen. Von dem Resultate dieser Verhandlungen und von andern Umständen wird es abhängen, ob im Interesse der Beschleunigung der Ausschußverhandlungen die Plenarsitzungen vertagt werden sollen, bis die Ausschüsse ihre Arbeit vollendet haben. Auch der Justizminister wird gleich anfangs seinen Entwurf zur Modification der bürgerlichen Prozeßordnung einreichen, welcher einestheils die Ueberweisung der Bagatellsachen und der Feldpolizei an die Municipien enthält, andererseits die Zahl der Gerichtsböfe reducirt, wie dies bereits als Ersparnis ins 1875er Budget aufgenommen ist. Auch der Justizminister wird um die Entsendung einer besondern Commission zu diesem Zwecke ansuchen. Noch sind die Administrations-Reformentwürfe zurück, welche wohl im Großen und Ganzen fertig sind, die jedoch in einzelnen Theilen noch nicht endgiltig festgestellt sind. Das ist ungefähr, wie wir aus Regierungskreisen vernehmen, der Aktionsplan der Regierung.“

Marshall Mac Mahon empfing am 24. d. den österreichischen Geschäftsträger, welcher ihm den neuernannten Militär-Attaché vorstellte.

Außer dem Budget, dem Bankgesetze und den Justizgesetzen wird den deutschen Reichstag in erster Linie der Militär-Etat beschäftigen. Wie man der „Magdeb. Ztg.“ aus Berlin telegraphirt, ist das Kriegsministerium augenblicklich damit beschäftigt, die Listen für die Besetzung der Offiziersstellen im Landsturm auszuarbeiten. Es sollen verabschiedete und zur Disposition gestellte Offiziere ausgesucht werden. Die größte Beschleunigung der Arbeit ist angeordnet. Es scheint demnach, daß das Landsturmgesetz doch noch in dieser Session des Reichstages eingebracht werden soll.

Anlässlich der letzten Vorfälle hat die Pforte eine Enquête durch eine gemischte Commission von Vertrauenspersonen eingeleitet und Montenegro aufgefordert, ein Mitglied in die Commission zu entsenden. Montenegro verlangt, daß die fremden Consuln zu der Enquête-Commission zugezogen werden.

Tagesneuigkeiten.

(Vom Allerhöchsten Hofe.) Der Aufenthalt des kaiserlichen Hofes in Gödöllü dürfte sich — wie die „L.R.“ vernimmt — bis Mitte November erstrecken und dann die Uebersiedlung nach Ofen erfolgen.

(Personalnachricht.) Se. Excellenz der Herr Minister des kaiserlichen Hauses und des Außern Graf Julius Andrássy ist von Pest in Wien eingetroffen.

(Eine originelle Gerichtsverhandlung) fand gestern in Wien statt. Ein Bäckergehilfe ist angeklagt, seinem Dienstherrn innerhalb längerer Zeit 41,000 Semeln gestohlen zu haben.

(Für das Ehrengeschenk an die Nordpol-schaher) hat der triester Stadtrath 1000 fl. gewidmet und überdies dem aus Triest gebürtigen Matrosen, der an der Expedition theilnahm, 500 fl. angewiesen. — Capitän Weyprecht hielt am 25. d. im grazer Rittersaale bei großem Andrang des Publicums einen Vortrag und wurde durch stürmische Ovationen ausgezeichnet.

(Zum Prozeß Taufkinski in Graz.) Am 24. d. publicierte der Gerichtshof das Urtheil. Taufkinski wurde des Verbrechens der Religionsförderung durch Verbreitung von Unglauben nichtschuldig, dagegen des Vergehens der Beleidigung einer gesetzlich anerkannten Religion und der

Geheimbündstiftung, sowie der Uebertretung des Versammlungsgesetzes schuldig erkannt. Die übrigen Arbeiter wurden theils der Stiftung des Geheimbundes, theils der Theilnahme an derselben schuldig befunden. Die Strafe lautete bei Taufkinski auf vier Monate, bei Wank ebenfalls auf vier Monate, bei Hochreiter auf drei Monate (diese erklärten die Strafe gleich antreten zu wollen) und bei den anderen Angeklagten zwischen einer bis drei Wochen Kerker. Die Ausländer wurden freigesprochen. Dr. Berggruen und Dr. Holzinger meldeten die Nichtigkeitsbeschwerde an. — (Conscribierung der Hilfsarbeiter.)

Aus Anlaß des dem Reichsrathe vorzuliegenden Gesetzentwurfes über die Regelung des Verhältnisses zwischen den Meistern und ihren Hilfsarbeitern, hat sich, wie die „Klagenf. Ztg.“ meldet, die kärnt. Handels- und Gewerbelammer an die politische Behörde mit dem Ersuchen gewendet, es möge die Gemeindevorstände aufgefordert werden, bis 31. October Ausweise über den Stand der bei den einzelnen Gewerben beschäftigten Hilfsarbeiter vorzulegen.

(Walthers von der Vogelweibe.) In Bozen constituirte sich am 22. d. M. ein Comité, das es sich zur Aufgabe macht, die Errichtung eines würdigen Denkmals für Walthers von der Vogelweibe auf dem Johanneplatz in Bozen zu fördern und zu unterstützen. Freunde des großen deutschen Lyrikers werden eingeladen, Geldbeiträge an das erwähnte Comité einzusenden.

Locales.

Auszug aus dem Protokolle über die

ordentliche Sitzung des l. l. Landesschulrathes

für Krain in Laibach am 9. October 1874 unter dem Vorsitze des Herrn l. l. Hofrathes und Leiters der l. l. Landesregierung Bohuslav Ritter v. Widmann, in Anwesenheit von 6 Mitgliedern.

1. Die seit der letzten Sitzung erledigten Geschäftsstücke werden vom Schriftführer vorgetragen, und es wird deren Erledigung ohne Bemerkten genehmigend zur Kenntnis genommen.

2. Die Gesuche zweier Gymnasialschüler um Gestattung der Wiederholung ihrer Klassen werden abgewiesen.

3. Ueber die Einladung des l. l. Landespräsidiums um Vorschläge, in welcher Art dem Ansuchen des Verfassers der „Geschichte Krains von der ältesten Zeit bis auf das Jahr 1813“ betreffend die Unterstützung dieses Unternehmens Folge zu geben wäre, wird die Anschaffung einer Anzahl Exemplare zur Beihaltung der Bezirkslehrerbibliotheken, der Bibliotheken mehrklassiger Volksschulen und der Schullerbibliotheken an vollständigen Mitteln empfohlen.

4. Aus Anlaß des Berichtes der Direction des laibacher Gymnasiums um Erwirkung der Belassung der Zulässigkeit der halben Schulgeldbefreiung an dem Gymnasium in Laibach wird beim hohen Ministerium für Cultus und Unterricht die fernere Zulässigkeit der halben Schulgeldbefreiung an allen Mittelschulen Krains bestritten.

5. Dem Gesuche eines Lehrers um Nachsicht der Ablegung der Lehrbefähigungsprüfung für Volksschulen wird keine Folge gegeben.

6. Ueber den Bericht des l. l. Bezirksschulrathes Stein wird die Einführung des Halbtagsunterrichtes an der zweiklassigen Mädchenschule in Stein jedoch nur ausnahmsweise für das Schuljahr 1874/75 bewilligt.

7. Der Bericht der Direction der l. l. Lehrerbildungsanstalt über den diesjährigen Fortbildungscurs für Volksschullehrer wird zur Kenntnis genommen, und wegen Remuneration der dabei verwendeten Lehrer Beschluß gefaßt.

8. Es werden dem hochwürdigsten fürstbischöflichen Ordinariate die zur Beihaltung mit dem fürstbischöflichen Ordinariate zu verbleibenden Professor Franz Meitlo'schen Volksschullehrer-Prämienstellen pro 1874 gewählten 6 Bewerber namhaft gemacht.

9. Mehrere Verurtheilungen wider Strafentlassung des Bezirksschulrathes in Gurkfeld wegen nicht gehörig entschuldigter Schulversäumnisse schulpflichtiger Kinder der Recurrenten werden zurückgewiesen.

10. Die vom l. l. Bezirksschulrath in Littai vorgelegten Acten betreffend den Schulhausbau in Kredniz werden demselben mit der Aufforderung rückgestellt, wegen Gewinnung eines von den als geeignet befundenen Bauplätzen eine neue Verhandlung sofort einzuleiten, und sich hiebei die Erzielung eines glücklichen Uebereinkommens angelegen sein zu lassen.

11. Ueber den Recurs eines Gemeindevorstehers gegen die Erlässe des l. l. Bezirksschulrathes puncto eines Pönales per 25 fl. wegen nicht abgeführter Schulgelder und des Gemeindebeitrages für den Localschulfond werden die recurrierten Erlässe, soweit solche die Einbringung und Haftung für das rückständige Schulgeld betreffen, im Recurswege aufrecht erhalten, die als verfallen erklärte Geldstrafe auf 20 fl. herabgesetzt, im übrigen aber angeordnet, daß hinsichtlich der zwangsweisen Einbringung eines von der Gemeinde zu leistenden Gemeindebeitrages rückständig Verzehrungssteuerzuschlages im Sinne des § 3 der kaiserlichen Verordnung vom 20. April 1854 vorzugehen sei.

12. Ueber den Bericht des l. l. Bezirksschulrathes in Abelsberg betreff des Schulhausbaues in Senojsch wird die Veräußerung einer Papierrente per 8100 fl. aus dem senojscher Localschulfondes behufs der Befreiung der mit der vollständigen Herstellung des in der Bauausführung begriffenen Schulgebäudes in Senojsch verbundenen Kosten

nach Maßgabe des ungedeckten Erfordernisses und behufs der Zahlung der contrahierten Schuld von 2000 fl. — genehmigt.

13. In Angelegenheit des vom l. l. Bezirksschulrathe in Adelsberg mit den ergänzten Acten vorgelegten Recurses der Gemeinde Planina gegen das vorkämliche Erkenntnis inbetreff der rückständigen Bezüge des Lehrers wird beschloffen, den Lehrer mit einem Holzrückstandsansprüche abzuweisen, dagegen aber die Gemeinde zu verpflichten, den als liquid befundenen Gehaltsrückstandsbetrag auszuführen.

14. Der vom l. l. Bezirksschulrathe Tschernembl vorgelegte Recurs gegen die Entscheidung des Bezirksschulrathes vom 9. Juli 1874, Z. 190, womit der Recurrent zufolge seiner Erklärung vom 17. Februar 1856 und der durch die bisherige unweigerliche Entrichtung betätigten Anerkennung der Verbindlichkeit dieser Erklärung zur weiteren Leistung eines jährlichen Beitrages per 5 fl. 25 kr. zur Dotation der Schule in Adelsberg im Sinne des § 36 des Landesgesetzes vom 29. April 1873, Z. 21, L. G. B. verpflichtet worden ist, wird zurückgewiesen.

15. Aus Anlaß der Einladung der l. l. Landesregierung betreffend die Verfügung der bei der nunmehrigen Eröffnung der Schulen gegen die Weiterverbreitung der in der Stadt Laibach herrschenden Nachenbräune (Diphtheritis) notwendigen Vorsichtsmaßregeln wird die Ausdehnung der vom Stadtmagistrate bezüglich der städtischen Volksschulen getroffenen Maßregel, — daß Kinder aus Häusern, in denen Diphtheritis-Kranke vorkommen, insofern nicht zum Schulbesuche zugelassen sind, als die Gefahr der Verschleppung aus dem Hause in die Schule andauert, — auf alle öffentlichen und Privatschulen in der Stadt Laibach, dann zugleich die Anwendung einer ausgiebigen Desinfection der Schulzimmer und der Aborte in den Schulen, sowie auch einer entsprechenden Belehrung der Schuljugend über die Ansteckungsfähigkeit dieser Krankheit beschloffen.

16. Die Anfrage des Kaplans von St. Michael hinsichtlich der Vertretung der Kirche im Ortschulrathe von Madanjesello wird im Hinblick auf den § 23, Z. 11 des Schulaufsichtsgesetzes an den Bezirksschulrath zur eigenen Amtshandlung rückgestellt.

(Der hiesige Gemeinderath) genehmigte in seiner gestrigen Sitzung: 1. die bereits durchgeführten Verfügungen des Bürgermeisters inbetreff der städtischen Sicherheitswachmannschaft und Marktaufscher, der Benützung der disponibel gewordenen Lehrzimmer im Lycealgebäude zu Volksschulzwecken und Anlage eines Gewerbebüchses; 2. die Aufnahme eines Diurnisten zur Anfertigung der Schulmatriken; 3. die Auszahlung des Pauschalbetrages für Reinigung der Realschullocalitäten; 4. die Auszahlung eines Betrages per 200 fl. für das Nationalgeschenk an die Nordpolfahrer; 5. die Herstellung einer neuen Brücke über die Gradashka in Tirmau; 6. die Auszahlung der siebenten Bauquote per 6000 fl. für die neue Volksschule; 7. ein magistratliches Strafkenntnis in Straßenpolizei-Angelegenheiten, schließlich 8. die Absendung einer Petition an die beiden Häuser des Reichsrathes inbetreff der unterkriener Eisenbahn. — Die Details bringen wir im morgigen Blatte.

(Der Action des k. k. rainer Landtages) widmet der Correspondent der „Presse“ folgenden Nachruf: „Die oppositionelle Majorität des Landtages hat das vor Beginn der Session in ihren Organen angekündigte Vorhaben, die Regierung in einer Reihe von Interpellationen anzugreifen, redlich erfüllt. Wenn und nicht vielleicht irgend eine Interpellation entgangen ist, so können wir bestätigen, daß in den zwölf Sitzungen, welche der Landtag hielt, zwölf Interpellationen an die Regierung gestellt worden sind. Ob ein so ausgedehnter Gebrauch vom Interpellationsrechte geeignet ist, den Werth desselben zu erhöhen oder zu beeinträchtigen, wollen wir keineswegs untersuchen. Unter allen in der diesjährigen Session eingebrachten Interpellationen hält sich die Oppositionspartei besonders viel zugute auf die sehr lange Interpellation von Dr. Jarnil und Genossen in der Sprachenfrage an den hiesigen Volks- und Mittelschulen, welche von allen slovenischen Organen noch immer als eine gewichtige That und als ein Ereignis

von hoher Bedeutung gepriesen wird. Man war allgemein gespannt, welche Haltung der Regierungs-Vertreter im Landtage den leidenschaftlichen Invektiven dieser Interpellation und den maßlosen Ausfällen gegen die Regierung, sowie gegen einzelne Personen, als: Landes-Volksschul-Inspector R. Pirker etc., gegenüber einnehmen werde, und dies umso mehr, als Hofrath v. Widmann bisher alle auf sachlichem Gebiete sich bewegenden und im maßvollen Tone gehaltenen Anfragen stets mit großer Bereitwilligkeit beantwortet hat. Nun, unser Regierungsleiter hat die Interpellation nicht beantwortet und nur in der letzten Stunde der Landtagsession, als gelegentlich der Verhandlung über den Rechenschaftsbericht des Landesauschusses abermals die Sprachenfrage aufs Tapet gebracht und in die vom Rechenschaftsberichts-Ausschusse gestellten Anträge auch ein Protest gegen die angeblichen Germanisations-Bestrebungen der Regierung aufgenommen wurde, in klarer und würdiger Sprache das Vorgehen und die Bestrebungen der Regierung gekennzeichnet und erklärt, daß sich die Regierung in der Erfüllung ihrer Aufgaben weder durch die Gunst noch Ungunst von was immer für einer Partei sich werde wankend machen lassen. Durch das Stillschweigen der Regierung der Interpellation Dr. Jarnil's gegenüber sind wir wohl um einige Stunden leidenschaftlicher Debatten gekommen, allein wir glauben, daß es nicht nur ein Act der Klugheit, sondern auch gleichzeitig ein deutliches Fingerzeig seitens der Regierung war, mit welchem dieselbe zu erkennen geben wollte, daß sie es unter ihrer Würde halte, auf die Beantwortung der nach Inhalt und Form höchst unparlamentarischen Interpellation einzugehen.“

(Theater.) Unsere Bühne blieb gestern geschlossen. Die angesagte Oper konnte nicht zur Ausführung gelangen, weil einerseits aus Anlaß der gestern im Glacéalon der Casino-restaurant stattgefundenen musikalischen Soirée die übliche Verstärkung des Theaterorchesters durch einige Mitglieder der Regimentkapelle spät abgesagt wurde, andererseits der Schauspieler Herr Hegel und die Schauspielerin Frau Blumenthal erkrankten und hiedurch die rechtzeitige Wahl eines anderen Bühnenwerkes verhindert wurde.

(Vom Büchertische.) Erster geographischer Unterricht. In Fragen und Antworten. Für die erste Klasse der Mittelschulen und die oberen Volks- und Bürger Schulen von Anton Heinrich, l. l. Professor in Laibach, mit 68 in den Text gedruckten Figuren, Karten und Bildern. Wien, 1874. Pichlers Witwe & Sohn. Der „Oesterreichische Schulbote“ enthält über dieses Werk nachstehende Kritik: „Das Buch macht einen recht netten Eindruck, der Verleger hat das feine vollkommen gethan, das Büchlein hübsch auszustatten. Auch der Verfasser hat in der Auswahl und Anordnung das Richtige getroffen; daß er aber uns im 19. Jahrhundert noch mit „Frage und Antwort“ in einem Leitfaden kommt, das — wird ihm selbst schließlich langweilig und er geht endlich mehr und mehr davon ab, so daß in der 2. Auflage, die wir dem kleinen Buche wohl gönnen, er wohl ganz dem Lehrer die Fragestellung überlassen wird. Einige Correcturen werden dann wohl auch angebracht werden können. Mit der Erklärung der Gletscher sind wir nicht ganz einverstanden, das Bild eines Binocles (Nasenquetsche) (S. 81) hat auch nicht unsern Beifall, Farber-Inseln ist ein Pseudonym, die Juckerhufener der Vulkanen gibt ein ganz falsches Verhältnis von Höhe und Breite. Der Golf von Lion ist fälschlich „Lyon“ gedruckt. Uebrigens lassen sich diese und ähnliche Kleinigkeiten leicht durch eine genaue Durchsicht vor wiederholtem Druck ändern. Erscheint doch das Buch im übrigen als recht sorgsam bearbeitet und wohl verwendbar.“

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laibacher Zeitung.“) Wien, 26. Oktober. Der Legimations-Ausschuss beschloß, die Agnoscierung der Wahlen der Abgeordneten Mendini, Alesani, Lanzer, Weroszjnski und Ryzjowski zu beantragen. Der Confessionsauschuss berieth ver-

traulich über den vom Subcomité vorgelegten Entwurf eines Civilebengesetzes und soll beschloffen haben, das Subcomité neuerdings anzuweisen, zwei Gesekentwürfe über den formellen und materiellen Theil dieser Angelegenheit auszuarbeiten.

Pest, 26. Oktober. Das Abgeordnetenhaus wählte das Bureau wieder. In der Mittwoch-Sitzung legt der Finanzminister sein Exposé vor.

Madrid, 26. Oktober. Die „Correspondenzia“ berichtet, daß Don Alfonso mit 400 Mann den Ebro mit der Absicht überschritten habe, die Sache des Don Carlos aufzugeben und Spanien zu verlassen. Die den Uebergang Alfonso's beschützende Bande verlor mehrere Tode und Gefangene.

Telegraphischer Wechsellkurs vom 26. Oktober

Papier-Rente 69.50. — Silber-Rente 73.80. — 1866er Staats-Anlehen 108.25. — Bank-Actien 977. — Credit-Actien 234.50. — London 110.40. — Silber 104.80. — R. t. Wamp. — Napoleon'sor 8.88.

Wien, 26. Oktober. 2 Uhr. Schlußcourse: Credit 234.50, Anglo 155.50, Union 125.50, Francobank 61.75, Handelsbank 72.50, Vereinsbank 17. —, Hypothekarrentenbank 13. —, allgemeine Baugesellschaft 47.75, Wiener Baubank 55.50, Unionbank 85. —, Wechselbank 15.50, Brigittenauer 15.75, Staatsbahn 302.50, Lombarden 139.50, Communallose —. Befestigt.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Wochenausweis der Nationalbank. (Nach § 14 der Statuten, dann auf Grund des Gesetzes vom 25. August 1866 und der kais. Verordnung v. 13. Mai 1873.) Veränderungen seit dem Wochenausweise vom 14. Oktober 1874: Banknoten = um 1 auf 300,910,080 fl. Giro-Einlagen: 747,396 fl. 86 kr.; einzufließende Bankanweisungen und andere fällige Passiva 2,139,245 fl. 49 kr. Bedeckung: Metallguth 143,286,454 fl. 35 kr. In der Bank gehörend, 1,032,634 fl. Escompte: 182,868,025 fl. 9.5 kr. Darlehen 35,670,900 Gulden. Eingelöste Coupons von Grundentlastungs-Obligationen 13,932 fl. 13.5 kr.; fl. 6,139,200 eingelöste und börsenmäßig angekaufte Pfandbriefe à 66%, Prozent 3,426,133 fl. 33 kr. Insummen 320,672,518 fl. 95 kr. Am Schluß des Monats bar zu begleichende Forderung der Bank aus der commissiionsweisen Besorgung des Hypothekar-Anweisungen geschäftes (§ 62 der Statuten) 3,333,279 fl. 35 kr.

Angekommene Fremde.

Am 26. Oktober. Hotel Stadt Wien. Adams, Himler, Polak, Winter, Garmann und Dresnit, Reisende, Wien. — Wösl Katharina, Hofmeisters-Gattin, und Peyer, Privatier, Görz. — Kitzke, Privatier, Leipzig. — Katter, l. l. Adjunct, Preßburg. — Prall, Handelsmann, Lichtenwald. Hotel Elephant. Steindl, Ingenieur, und Gattinger, Beamter, Steyer. — Pater, Lieutenant, Wien. — Dr. Kraus, Großschichtz, — Bergenz, Lieutenant, Velovar. — Jutay, Lieutenant, Ugram. — Kühn, Kaufmann, Reichenberg. Hotel Europa. Fleckensteiner, Director, Graz. — Wagner, Hauptmann. Kaiser von Oesterreich. Tratnik, St. Martin. Mohren. Farino, Triest. — Florian und Thaler, Carlsberg, Sorjan, Ratschach. — Stuzin, Leoben.

Theater.

Heute: Traviata, Oper in 4 Acten.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: Datum, Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt, Lufttemperatur nach Celsius, Wind, Anschlag des Himmels, Wasserstand in Millimetern über dem Nullpunkt. Entry for 26. 10. 1874 shows weather conditions and temperature.

Morgennebel. Starker Reif. Eibildung auf höchsten Gewässern. Starker Laubfall bei der Noctastanten. Nachmittags sonnig, theilweise dünner Wolkenhülle. Das Tagesmittel der Wärme + 28°, um 6.3° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Börsenbericht. Wien, 24. Oktober Die Stimmung schien im allgemeinen etwas beruhigter; in den Curstücken trat eine Pause ein; einige Papiere fanden Begehr, welcher nicht überall ausschließlich auf Druckaufkäufe der Contremine zurückgeführt werden kann. Offenbar würde die Börse dem sichtlichem Auftreten von Käufern günstiger als die factischen Consequenzen gegeben haben, wenn nicht eine neuerliche Störung durch eine berliner Depesche verursacht worden wäre, welche meldete, daß nach dort verbreiteten Angaben eine die Rentabilität er Actien schädigende Prioritäten-Emission der Kaschau-Dorberger Bahn bevorstehe.

Table with columns: Name, Geld, Ware. Lists various financial instruments like Rente, Anlehen, and Aktien von Banken.

Table with columns: Name, Geld, Ware. Lists various financial instruments like Creditanstalt, Depositionsbank, and Aktien von Transport-Unternehmungen.

Table with columns: Name, Geld, Ware. Lists various financial instruments like Wechsel, Geldsorten, and Privatlose.